

Italienisches Handels- und Wirtschaftsrecht

von

Professor Dr. jur. Dr. h.c. Peter Kindler
München

3., komplett überarbeitete Auflage 2026

Alle im Buch verwendeten Begriffe verstehen sich geschlechterneutral. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird teilweise auf eine geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet – entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform hat lediglich redaktionelle Gründe und beinhaltet keine Wertung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

I S B N 9 7 8 - 3 - 8 0 0 5 - 1 8 4 4 - 9

dfv Mediengruppe

© 2026 Deutscher Fachverlag GmbH, Fachmedien Recht und Wirtschaft, Mainzer Landstr. 251, 60326 Frankfurt am Main, buchverlag@ruw.de

www.ruw.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH, 99947 Bad Langensalza

Printed in Germany

Für Alessandra

Vorwort

Das italienische Privatrecht ist für deutschsprachige Juristen verhältnismäßig gut erschlossen. Abgesehen von systematischen Gesamtdarstellungen (*Kindler*, Einführung in das italienische Recht, 3. Aufl. 2022; *Eccher/Schurr/Christandl*, Handbuch Italienisches Zivilrecht, 2010; *Grundmann/Zaccaria*, Einführung in das italienische Recht, 2007; *Luther*, Einführung in das italienische Recht, 1968) und Erläuterungen des Familien- und Erbrechts (*Cubbedu-Wiedemann*, Länderteil Italien, in: *Bergmann/Ferid/Henrich*, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht; *Hausmann*, Länderteil Italien, in: *Hausmann*, Internationales Erbrecht) ist hier vor allem das seit 1988 von der deutsch-italienischen Juristenvereinigung herausgegebene „Jahrbuch für Italienisches Recht“ (C.F. Müller) zu nennen. Es enthält nicht nur Abhandlungen zu aktuellen Einzelthemen des italienischen Rechts, sondern dokumentiert darüber hinaus auch die deutsche und europäische Rechtsprechung mit Bezug zu Italien, sowie das deutschsprachige Schrifttum zum italienischen Recht. Was bis zur ersten Auflage dieses Buches (2002) fehlte, war eine geschlossene Darstellung des italienischen Handels- und Wirtschaftsrechts. Diese Lücke soll das vorliegende Werk schließen. Es beruht auch auf der langjährigen Erfahrung des Verfassers zunächst als Rechtsanwalt (1988–1991), und seit 1995 als Rechtsgutachter und Schiedsrichter im deutsch-italienischen Rechtsverkehr.

Inhaltlich berücksichtigt die Neuauflage unter anderem die Entwicklung der Rechtsprechung seit 2014, die neueste Rechtsprechung zum Vertriebsrecht, die Online-Gründung von Gesellschaften mbH (s.r.l.), die Formfragen des elektronischen Geschäftsverkehrs und bei den smart contracts (contratti intelligenti), die große Insolvenzrechtsreform zum 15.7.2022 (Codice della crisi d'impresa) sowie die Schiedsverfahrensrechtsreform zum 1.7.2023.

Mein Dank gebührt an erster Stelle den vielen italienischen Kollegen und Freunden, die die 3. Auflage dieses Werkes durch ihre Gastfreundschaft und Gesprächsbereitschaft unterstützt und begleitet haben, allen voran (alphabetisch) Carlo Angelici, Mario Campobasso, Marco Cian, Alberto De Franceschi, Amalia Diurni, Corrado Malberti, Gianmaria Palmieri, Alessandra Paolini, Giuseppe Portale, Giuseppe Santoni, Laura Schiuma, Umberto Tombari, Andrea Zoppini.

Nicht hinwegzudenken ist auch der Einsatz der Schriftleitung der RIW bzw. der Leitung des Deutschen Fachverlags für das Zustandekommen dieses Buches. Mein Dank gilt dem Andenken des Initiators, Herrn Reinhold Trinkner, gleichermaßen wie den nachfolgenden RIW-Chefredakteuren, Herrn Dr. Thomas Wegerich (erste Auflage 2002) und Herrn Dr. Roland Abele (zweite Auflage 2014) und – beim DFV – Herrn Patrick Orth, LL.M., MBA, M.A (dritte Auflage 2026).

Für ihre Hilfe bei den Aktualisierungs- und Korrekturarbeiten sowie den Registern danke ich meinem Lehrstuhl: Frau stud. jur. Veronica Agovino, Herrn Ass. jur. Vincent Aßbichler, Frau RRef. Johanna von Criegern, Herrn Dr. jur. Matteo Bruno Fontana, Herrn stud. jur. Julius Gleissner, Herrn Ass. jur. Peter Moser, Herrn RRef. Julian Otto, Frau stud. jur. Anna Rugger, Frau stud. jur. Anna Schneider.

Gewidmet ist auch diese Auflage meiner Frau. Ohne ihre – auch fachliche – Unterstützung wäre dieses Werk so nicht entstanden.

Das Manuskript wurde im November 2025 abgeschlossen; die nachfolgende Rechtsentwicklung ist vereinzelt noch in den Fußnoten vermerkt. Die Gesetzgebung ist bis zur **Gazzetta Ufficiale Nr. 8 vom 12.1.2026** berücksichtigt. Für Anregungen und Kritik aus der Leserschaft, die stets willkommen sind, gilt die unten angegebene Anschrift. Dort ist derzeit auch die Deutsch-italienische Juristenvereinigung zu erreichen (www.dijv.org), die den im deutsch-italienischen Rechtsverkehr tätigen Juristen seit Jahrzehnten ein beliebtes Diskussionsforum bietet.

München, im Januar 2026

Peter Kindler

Prof. Dr. Dr. h. c. Peter Kindler, Ludwig-Maximilians-Universität München, Forschungsstelle für Italienisches Recht, Veterinärstraße 5, 80539 München (Mail: peter.kindler@jura.uni-muenchen.de), www.peter-kindler.de, Tel. +49 170 50 34 510.

L'iniziativa economica privata è libera.

Art. 41 Abs. 1 der Verfassung der
italienischen Republik vom 22.12.1947

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis (allgemein)	XXIX
Abkürzungsverzeichnis (italienisch)	XXXVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XLI
Einleitung	1
§1 Grundlagen	3
I. Rechtsquellen	3
1. Geschichtliche Entwicklung; Einheit des Privatrechts	3
2. Das Zivilgesetzbuch von 1942	4
3. Zivil- und handelsrechtliche Nebengesetze	6
II. Juristische Dokumentation	7
1. Gesetzessammlungen	7
2. Textausgaben	8
3. Zeitschriften und Entscheidungssammlungen	9
a) Riviste di giurisprudenza	9
b) Repertori	10
c) Massimari	10
d) Riviste giuridiche	11
4. Enzyklopädien	12
5. Kommentare	12
6. Lehrbücher	13
a) Großlehrbücher	13
b) Kurzlehrbücher	14
8. Verzeichnis lieferbarer Bücher	15
III. Internet	15
1. Suchmaschinen	15
2. Gerichte und Behörden	16
3. Juristische Fachverlage	18
4. Sonstige Adressen	20
IV. Hilfsmittel für die deutschsprachige Rechtspraxis	21
1. Rechtswörterbücher und Übersetzungen	21
2. Deutschsprachiges Schrifttum zum italienischen Recht	23
§2 Das Recht des Handelsunternehmens	26
I. Unternehmen und Unternehmer; Betrieb	26
1. Begriff und Bedeutung der Unternehmereigenschaft	26

2. Einzelne Handelstätigkeiten	29
3. Betrieb	30
a) Schuldenhaftung	31
b) Forderungsübergang	33
c) Wettbewerbsverbot	34
II. Unternehmensregister und Registerverfahren	34
1. Rechtsgrundlagen	35
2. Zuständigkeit der Industrie- und Handelskammern seit der Reform von 1993/1996	36
3. Führung und Einrichtung des Registers	37
a) Zuständige Stellen und Verfahren	37
b) Abteilungen	38
c) Sonstige Dokumentationspflichten des Unternehmensregisteramtes.	39
4. Publizitätspflicht und Publizitätswirkungen	39
a) Einzelunternehmer	40
b) Handelsgesellschaften	40
c) Verhältnis zu den allgemeinen Rechtsscheingrundsätzen . .	42
5. Registerpflicht auslandsansässiger Unternehmen	42
6. Zugang zum Unternehmensregister.	43
a) Einsichtnahme	43
b) Zeugnisse und Bescheinigungen	44
aa) Abgekürztes Eintragungszeugnis (certificato di iscrizione abbreviato)	44
bb) Eintragungszeugnis (certificato di iscrizione)	44
cc) Meldebescheinigung (certificato anagrafico)	45
dd) Chronologisches Zeugnis (certificato storico)	45
ee) Zeugnis über Registereingaben (certificato di deposito)	45
ff) Gesellschafterliste (certificato degli assetti proprietari)	45
gg) Negativattest (certificato di non iscrizione)	45
c) Abschriften.	46
d) Übermittlung von Zeugnissen und Abschriften.	46
III. Handelsrechtlich Bevollmächtigte	46
1. Institutur	47
a) Begriff	47
b) Bestellung	48
c) Umfang und Grenzen der Vertretungsmacht	48
d) Ausübung der Vertretungsmacht	49
e) Erlöschen der Vollmacht	50
2. Prokurist	50

3. Angestellte	50
IV. Handelsbücher und Rechnungslegung	51
1. Buchführungspflicht	51
2. Pflicht zur Inventarerrichtung	52
3. Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses.	52
a) Systematik	52
b) Einzelheiten	55
4. Aufbewahrungspflicht	56
5. Offenlegungspflichten	56
6. Sanktionen	56
7. Handelsbücher im Rechtsstreit	57
V. Kennzeichenrecht	57
1. Firma	58
a) Rechtsnatur und Bildung der Firma.	58
b) Übertragung der Firma.	59
c) Firma und Gesellschaftsname	59
d) Firmenschutz	60
2. Geschäftsbezeichnung	60
3. Marke.	61
a) Allgemeines; Rechtsgrundlagen	62
b) Schutzgegenstand und Schutzvoraussetzungen.	66
aa) Schutzgegenstand	66
bb) Schutzvoraussetzungen.	66
c) Rechtsinhaber.	69
d) Entstehung des Markenrechts	71
aa) Rechtserwerb durch Eintragung	71
bb) Rechtserwerb durch Vorbenutzung.	72
e) Benutzungsbefugnisse und Schutzzumfang	73
f) Verwertungsverträge	78
aa) Übertragung der Marke	78
bb) Lizenzen	79
g) Beendigung des Markenrechts.	79
h) Rechtsverletzungen	81
aa) Nichtigkeits- und Verfallsklage	81
bb) Markenverletzungsklage.	82
cc) Strafrechtlicher Markenschutz	83
VI. Patent- und Musterschutz; Wettbewerbsrecht.	83
1. Patent- und Musterschutz	84
a) Allgemeines; Rechtsgrundlagen	85
b) Schutzgegenstand und Schutzvoraussetzungen.	86
c) Erfindungsberechtigte; Arbeitnehmererfindungsrecht.	88
d) Entstehung des Patentrechts.	89

e)	Benutzungsbefugnisse und Schutzzumfang	90
f)	Verwertungsverträge	92
g)	Beendigung des Patentrechts	92
h)	Rechtsverletzungen	93
i)	Musterschutz	94
2.	Kartellrecht	96
a)	Grundlagen	96
b)	Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen	98
c)	Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	101
d)	Zusammenschlusskontrolle	101
3.	Recht des unlauteren Wettbewerbs; Schutz von Geschäfts- geheimnissen	101
a)	Grundlagen des Lauterkeitsrechts	102
b)	Unternehmereigenschaft und Wettbewerbsverhältnis	106
c)	Hervorrufen von Verwechslungsgefahr	109
aa)	Namens- und Kennzeichenmissbrauch	110
bb)	Sklavische Nachahmung	111
cc)	Hervorrufen von Verwechslungsgefahr durch sonst- tige Mittel	112
d)	Anschwärzung und vergleichende Werbung	113
e)	Anmaßung von Vorzügen	114
f)	Verstoß gegen die Grundsätze der beruflichen Korrektheit	114
aa)	Parasitärer Wettbewerb	115
bb)	Preissenkung und Verkauf unter Selbstkosten	116
cc)	Ausspannen von Arbeitnehmern	117
dd)	Boycott	117
ee)	Verletzung von Vertriebsbindungssystemen	118
ff)	Irreführende Werbung	119
g)	Sanktionen	121
aa)	Feststellung des Wettbewerbsverstoßes	121
bb)	Unterlassungsanordnung	122
cc)	Beseitigungsanordnung	122
dd)	Schadensersatz	123
ee)	Klagebefugnis	124
ff)	Beweislast	125
h)	Irreführende und vergleichende Werbung; Verbraucherschadensersatz (Gesetzesverordnung Nr. 145 vom 2.8.2007)	126
i)	„Informierende Werbung“ durch Freiberufler, insbesondere Rechtsanwälte (Gesetzesverordnung Nr. 147 vom 31.12.2012)	130
j)	Schutz von Geschäftsgeheimnissen	131

§3 Vertriebsrecht	133
I. Handelsvertreter	133
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	134
2. Vertragsschluss	138
3. Pflichten des Handelsvertreters; Einstandspflicht für Kundenbonität (Delkredere)	138
4. Provisionsansprüche	141
a) Grundlagen	141
b) Abschlussprovision	141
c) Direktprovision	142
d) Überhangprovision	142
e) Nichtausführung des Geschäfts	143
f) Rückgewähr zu Unrecht empfangener Provisionsbeträge ..	143
g) Abrechnungspflicht des Unternehmers	144
h) Verjährung	144
5. Vertragsbeendigung	144
6. Ausgleichsanspruch	145
7. Nachvertragliches Wettbewerbsverbot	149
8. Übergangsrecht	150
9. Sonderfragen	151
a) Registerpflicht	151
b) Räumlicher Anwendungsbereich der AEC	153
aa) Territorialität	153
bb) Günstigkeitsprinzip	154
II. Sonstige Absatzmittler	154
1. Vertragshändler	154
a) Rechtliche Einordnung; Ausgleichsanspruch	155
b) Kartell- und Wettbewerbsrecht	157
2. Kommissionär	158
3. Makler	159
4. Franchising	161
III. Zulieferer	164
1. Grundlagen	165
2. Gesetzliche Anforderungen an den Zuliefervertrag	166
a) Schriftform	166
b) Erforderliche Angaben	166
3. Rechte und Pflichten der Vertragsparteien	167
a) Zahlungsfristen; Zinspflicht	167
b) Preisanpassung	167
c) Verbot der Weitergabe	168
d) Haftung des Zulieferers	168
e) Klauselverbote	169

4. Gewerblicher Rechtsschutz	169
5. Missbrauch wirtschaftlicher Abhängigkeit	169
6. Streitbeilegung; grenzüberschreitender Rechtsverkehr.	170
IV. Lieferkettenrecht.	171
§4 Gesellschaftsrecht	173
I. Allgemeines	173
1. Geschichtliche Entwicklung und heutiger Stand.	174
2. Wesensmerkmale der Gesellschaft	178
a) Gesellschaftsvertrag.	179
b) Einlagen; Gesellschaftsvermögen und -kapital	179
c) Gemeinsame Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit ..	180
aa) Grundsatz	180
bb) Gelegenheitsgesellschaft	180
cc) Freie Berufe	181
d) Gemeinsamer Zweck	183
3. Personen- und Kapitalgesellschaften.	184
4. Rechtliche Verselbstständigung.	184
5. Gestaltungsfreiheit und Typenzwang	186
a) Wahl der Gesellschaftsform.	186
b) Atypische Vertragsklauseln und Gesellschaftsformen.	187
6. Verjährung	187
7. Gesellschaftervereinbarungen	188
8. Angaben auf Geschäftsbriefen	189
9. Anteilskauf	189
a) Kautelarpraxis	189
b) Abgrenzung zur Betriebsveräußerung.	190
II. Einfache Gesellschaft und offene Handelsgesellschaft	191
1. Grundlagen	191
2. Entstehung der Gesellschaft	192
a) Gesellschaftsvertrag.	192
b) Form.	193
c) Fehlerhafte Gesellschaften.	193
d) Beteiligung Geschäftsunfähiger.	195
e) Grundtypenvermischung	196
f) Gesellschaften auf fehlerhafter Vertragsgrundlage	197
3. Rechtsstellung der Gesellschafter	198
a) Beitragspflicht	198
b) Vermögensordnung	198
c) Gewinnverteilung.	199
aa) Gewinnermittlung.	199

bb) Entstehung des Anspruchs	200
d) Verlustverteilung	200
e) Wettbewerbsverbot	200
4. Gesellschaftsname	201
5. Geschäftsführung	201
a) Einzel- und Gesamtgeschäftsführung	201
b) Geschäftsführungsbefugnis kraft Ernennung; Fremdgeschäftsführer und juristische Personen als Geschäftsführer	202
c) Widerruf	202
d) Umfang der Geschäftsführungsbefugnis; Pflichten der Geschäftsführer	203
e) Haftung	203
f) Vergütung	204
g) Recht auf Unterrichtung der nicht zur Geschäftsführung berechtigten Gesellschafter; Weisungsrecht	204
h) Selbstorganschaft	205
6. Vertretung der Gesellschaft	205
a) Einzelvertretung und Gesamtvertretung	205
b) Beschränkung der Vertretungsbefugnis im Verhältnis zu Dritten	205
c) Offenkundigkeit	206
7. Haftung	207
a) Haftung der Gesellschafter für Gesellschaftsverbind- lichkeiten	207
aa) Grundsatz	207
bb) Gesellschaftsvertragliche Haftungsbeschränkungen	208
cc) Einrede der Vorausklage	208
dd) Ausgleich im Innenverhältnis	210
b) Keine Haftung der Gesellschaft für persönliche Ver- bindlichkeiten eines Gesellschafters	210
8. Übertragung von Geschäftsanteilen	210
9. Ausscheiden von Gesellschaftern	211
a) Tod	211
b) Austritt	212
c) Ausschluss	212
d) Auszahlung des Anteils	213
10. Auflösung der Gesellschaft	213
a) Auflösungsgründe	213
b) Rechtsstellung der Gesellschafter und Gläubiger	214
c) Abwicklungsverfahren	215
d) Erlöschen der Gesellschaft	215

III. Kommanditgesellschaft	216
1. Grundlagen	217
2. Entstehung	217
a) Gesellschaftsvertrag	217
b) Offenlegung	217
c) Name der Gesellschaft	218
d) Geschäftsunfähigkeit des Kommanditisten	218
3. Rechtsstellung der persönlich haftenden Gesellschafter	218
a) Geschäftsführung	218
b) Vertretung	218
4. Rechtsstellung der Kommanditisten	219
a) Einmischungsverbot; Wettbewerb	219
b) Geschäftsführung	219
c) Vertretung der Gesellschaft	219
d) Haftung des Kommanditisten; Innenausgleich	220
e) Unterrichtsrecht	220
f) Keine Gewinnrückzahlung	220
5. Haftung der Kommanditisten für Gesellschafts-	
verbindlichkeiten	221
6. Übertragung von Kommanditanteilen	221
7. Auflösung der Gesellschaft	221
IV. Aktiengesellschaft	222
1. Entwicklung des Aktienrechts seit 1942; Rechtsquellen	224
2. Strukturmerkmale	228
3. Gründung	229
a) Gründungsurkunde und Satzung	229
b) Zeichnung und Leistung der Einlagen	231
c) Anmeldung zum Unternehmensregister	232
d) Eintragung in das Unternehmensregister	232
e) Gründung durch öffentliche Zeichnung	233
f) Name der Gesellschaft	234
4. Aktien	234
a) Aktien und Gesellschaftskapital	234
b) Beteiligungsrechte des Aktionärs und Schutz der	
Mitgliedschaft	234
c) Übertragung von Aktien; Austritt aus der Gesellschaft	236
aa) Grundlagen	236
bb) Wertpapierrechtliche Behandlung	238
cc) Übertragung von Namensaktien durch Indossament ..	238
dd) Nießbrauch und Pfandrecht an Aktien	240
ee) Beschränkungen der Verkehrsfähigkeit der Aktie	240

d) Eigene Aktien	241
e) Einmanngesellschaft	242
5. Gesellschafterversammlung	243
a) Grundlagen	243
b) Zuständigkeiten	243
c) Einberufung	244
d) Durchführung der Hauptversammlung	245
aa) Beschlussfähigkeit und Beschlussfassung	245
bb) Ablauf; Verfahren	247
e) Teilnahme an der Gesellschafterversammlung	248
f) Stimmrecht und Stimmbindung	249
g) Gesellschafterversammlung und Internet	252
h) Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse	253
6. Geschäftsführer	255
a) Inhaber der organschaftlichen Vertretungsmacht	255
aa) Überblick; Alleingeschäftsführer	255
bb) Verwaltungsrat	256
cc) Der Vorsitzende des Verwaltungsrates	257
dd) Vollzugsausschuss; ermächtigte Verwaltungs- ratsmitglieder	258
ee) Keine organschaftliche Vertretungsmacht der Generaldirektoren	260
b) Sachliche Reichweite der organschaftlichen Vertretungsmacht	261
aa) Grundlagen	261
bb) Sonderfall Beteiligungserwerb	262
c) Pflichten	264
d) Verhältnis zur Gesellschafterversammlung	265
e) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer	266
f) Vergütung	267
g) Haftung	268
aa) Haftung gegenüber der Gesellschaft; Business Judgment Rule	268
bb) Haftung gegenüber den Gesellschaftsgläubigern	271
cc) Haftung gegenüber einzelnen Gesellschaftern oder Dritten	272
7. Prüferkollegium	272
a) Grundlagen	272
b) Bestellung	274
c) Überwachung der Geschäftsführung	275
d) Haftung	276

e) Sonstige Einrichtungen zur Überwachung der Geschäftsführung	277
8. Sonderformen der Organisationsverfassung	278
9. Satzungsänderungen, insbesondere Kapitalmaßnahmen.	281
a) Grundlagen.	281
b) Austrittsrecht und Abfindung.	282
c) Kapitalerhöhung gegen Einlagen.	282
d) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln.	283
e) Kapitalherabsetzung.	283
10. Auflösung	284
a) Auflösungsstatbestände.	284
b) Abwicklungsgesellschaft.	285
c) Erlöschen der Gesellschaft.	286
11. Besonderheiten der Kommanditgesellschaft auf Aktien	286
V. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	287
1. Grundlagen	289
2. Gründung; Sonderformen	290
3. Stammkapital und Einlagen.	291
4. Geschäftsanteile.	291
5. Organe	293
a) Gesellschafterversammlung.	293
b) Prüferkollegium.	294
c) Geschäftsführung und Vertretung	295
d) Sonderformen der Organisationsverfassung	296
6. Weitere Abweichungen vom Aktienrecht	297
a) Rechnungslegung.	297
b) Satzungsänderungen	297
c) Bezugsrecht und Bezugsrechtsausschluss	298
d) Kapitalherabsetzung.	298
e) Auflösung.	298
7. Einpersonen-s.r.l.	299
VI. Konzernrecht.	300
1. Leitung und Steuerung von Gesellschaften.	300
2. Konzernhaftung	300
§5 Kaufrecht und Transportrecht.	302
I. Warenkauf	302
1. Rechtsgrundlagen	304
a) Staatsvertragliche Regelungen.	304
b) Kaufvertragsrecht des Codice civile	304
c) Sondergesetzliche Regelungen	305

2. Begriff und Abschluss des Kaufvertrages	306
a) Gegenstand des Kaufvertrages.	306
b) Dinglicher und schuldrechtlicher Kauf	307
aa) Grundsatz: Konsensualprinzip	307
bb) Schuldrechtlicher Kauf.	308
c) Vertragsschluss.	310
d) Vertragsschluss im elektronischen Geschäftsverkehr; „smart contracts“ (contratti intelligenti)	312
e) Form.	316
aa) Grundlagen.	316
bb) Elektronischer Geschäftsverkehr	316
3. Einbeziehung und Inhaltskontrolle von allgemeinen Geschäftsbedingungen.	318
a) Rechtsgrundlagen.	319
b) Einbeziehung	319
c) Besondere Einbeziehungsvoraussetzungen für „lästige Klauseln“	320
d) Inhaltskontrolle	323
4. Pflichten der Vertragsparteien	323
a) Pflichten des Verkäufers	323
aa) Übergabe der Kaufsache.	323
bb) Eigentumsverschaffung	324
cc) Fälligkeit der Lieferverpflichtung	324
dd) Leistungsort	325
ee) Leistungsgefahr	326
b) Pflichten des Käufers.	326
aa) Kaufpreiszahlung	326
bb) Verzinsungspflicht	329
cc) Kosten des Kaufs	330
dd) Zahlungsverzug	330
ee) Abnahme der Kaufsache.	334
ff) Preisgefahr	335
gg) Kaufpreissicherung.	335
5. Verkäuferhaftung.	336
a) Verspätung der Leistung (ritardo)	336
aa) Fortbestand des Erfüllungsanspruchs.	336
bb) Recht auf Vertragsaufhebung	336
cc) Schadensersatz	340
b) Mängelhaftung des Verkäufers	340
aa) Rechtsmängel	340
bb) Sachmängel.	341
6. Besondere Arten des Kaufs	347

a)	Kauf unter Eigentumsvorbehalt	347
aa)	Rechtsnatur und Voraussetzungen des Eigentumsvorbehalts	347
bb)	Wirkungen im Verhältnis zwischen den Vertragsparteien	348
cc)	Wirkungen gegenüber den Gläubigern des Käufers	349
dd)	Wirkungen gegenüber den Rechtsnachfolgern des Käufers	351
ee)	Eigentumsverlust trotz Eigentumsvorbehalts	351
ff)	Unzulässigkeit von Erweiterungs- und Verlängerungsklauseln	352
gg)	Grenzüberschreitende Warenlieferungen von Italien nach Deutschland	354
hh)	Weitere Möglichkeiten der Kaufpreissicherung	356
b)	Wiederkauf und Rückkauf	358
c)	Kauf auf Probe, Erprobungskauf, Kauf nach Probe	358
d)	Dokumentärer Kauf und Kauf mit Banküberweisung gegen Dokumente	360
7.	Verbraucherschutz	361
a)	Grundlagen; Verbraucherbegriff	361
b)	Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge („Haustürgeschäfte“)	362
c)	Abzahlungskauf	363
d)	Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	365
aa)	Grundlagen; Anwendungsbereich der Inhaltskontrolle	365
bb)	Feststellung der Missbräuchlichkeit einer Klausel	367
cc)	Transparenzgebot und Unklarheitenregel	368
dd)	Rechtsfolgen der Missbräuchlichkeit	368
e)	Fernabsatzgeschäft	369
f)	Verbrauchsgüterkauf	369
aa)	Allgemeines – Anwendungsbereich	369
bb)	Sachmängelfreiheit als Gegenstand der Leistungspflicht	371
cc)	Rechte des Verbrauchers	371
dd)	Rückgriff des Letztverkäufers	373
ee)	Rechtsverlust durch Zeitablauf; Rügeobliegenheit des Verbrauchers	373
ff)	Garantie	374
gg)	Einseitig zwingender Charakter des Verbrauchsgüterkaufrechts; weitergehende Ansprüche des Verbrauchers	375

II. Fracht und Spedition	376
1. Frachtgeschäft	376
a) Internationales Transportrecht	376
b) Frachtvertrag	378
aa) Grundlagen	378
bb) Haftung	380
2. Speditionsgeschäft	384
§6 Insolvenzrecht	387
I. Der „Codice della crisi d’impresa e dell’insolvenza“ (Insolvenzgesetzbuch) – Anwendbarkeit und Aufbau	388
II. Kernpunkte des Insolvenzgesetzbuchs; Entstehungsgeschichte	389
III. Sachlicher Anwendungsbereich und Eröffnungsgründe	391
1. Verfahrensziele und erfasste Insolvenzschnldner	392
a) Verfahrensziele	392
b) Arten von Schnldnern	393
2. Nicht insolvenzfähige Rechtssubjekte	394
3. Krise oder Zahlungsunfähigkeit als Eröffnungsgründe	395
IV. Einheitliche Verfahrenseröffnung	396
1. Grundsätze	396
2. Gerichtszuständigkeit	397
3. Antragsberechtigte	397
V. Die verhandlungsweise Krisenbewältigung (composizione negoziata della crisi) als vorinsolvenzliche Sanierung	398
VI. Verfahrenshilfen zur Bewältigung von Krise und Zahlungsunfähigkeit	400
VII. Gesellschaften in Krise und Insolvenz	400
1. Organisationspflichten	400
2. Geschäftsführer- und Gesellschafterhaftung	401
3. Gesellschafterdarlehen	402
VIII. Problemschwerpunkt Insolvenzanfechtung	404
1. Grundlagen	404
2. Gläubigerbenachteiligung als Anfechtungsvoraussetzung	405
3. Durchsetzung der Insolvenzanfechtung	405
a) Rechtsnatur der Insolvenzanfechtung	405
b) Rückgewähranspruch	406
c) Anfechtungsberechtigung	406
d) Insolvenzanfechtungsklage	407

e) Zeitliche Grenzen der Insolvenzanfechtung	407
IX. Geschäftsaufsicht	408
X. Zwangsliquidation im Verwaltungsweg	408
XI. Außerordentliche Verwaltung von Großunternehmen	409
1. Rechtsquellen; Grundlagen	410
2. Vorverfahren zur Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	411
a) Ablauf	411
b) Organe	411
c) Wirkungen der Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	412
d) Zahlungsunfähigkeit von Gesellschaften	412
3. Eröffnung des Verfahrens der außerordentlichen Verwaltung	412
4. Organe	413
5. Wirkungen der Verfahrenseröffnung	413
6. Aufstellung und Durchführung des Sanierungsplans	413
7. Beendigung des Verfahrens	414
8. Konzerninsolvenz	414
§7 Internationales Privat- und Verfahrensrecht	416
I. Grundlagen	418
1. Rechtsquellen	418
2. Staatsvertragsfreundliche Haltung des IPRG	422
3. Gegenseitigkeit	422
4. Übergangsrecht	423
II. Zivilverfahren mit Auslandsbezug	423
1. Grundlagen; internationale Zuständigkeit	423
2. Allgemeiner Klägergerichtsstand	427
3. Internationale Zuständigkeit kraft Sachzusammenhangs	427
4. Prorogation und rügelose Einlassung	428
5. Derogation	429
6. Ausländische Rechtshängigkeit	430
7. Freiwillige Gerichtsbarkeit	430
8. Einstweiliger Rechtsschutz	431
9. Partei- und Prozessfähigkeit	431
10. Mahnverfahren	432
11. Obligatorisches Mediationsverfahren	433
III. Allgemeine Grundsätze des Kollisionsrechts	434
1. Die Behandlung ausländischen Rechts im Zivilverfahren	435
2. Öffentliche Ordnung und zwingendes inländisches Recht	436
3. Verweisungen auf Mehrrechtsstaaten	438

IV. Internationales Gesellschaftsrecht	438
1. Ermittlung des Gesellschaftsstatuts	438
2. Geltungsbereich	441
3. Grenzüberschreitende Sitzverlegung und Verschmelzung	442
V. Internationales Erb- und Schenkungsrecht	443
1. Erbrecht	443
2. Schenkung	444
a) Rechtswahl	444
b) Grenzen der Rechtswahlbefugnis	445
c) Form	445
VI. Internationales Sachenrecht	446
1. Grundzüge	446
2. Trust	447
3. Eigentumsvorbehalt	448
4. Kulturgüterschutz	449
VII. Internationales Immaterialgüterrecht	450
VIII. Internationales Vertrags- und Schuldrecht	451
1. Schuldverträge	451
a) Einheitsrecht	451
b) Staatsvertragliches und EU-Kollisionsrecht	453
c) Autonomes Kollisionsrecht für vertragliche Schuldverhältnisse	455
2. Einseitige Versprechen	456
3. Wertpapiere	456
a) Wechsel und Schecks	456
aa) Anknüpfungsprinzipien des Genfer internationalen Wechsel- und Scheckprivatrechts	456
bb) Verhältnis zu Nichtvertragsstaaten	458
cc) Erstreckung der völkervertraglichen Kollisionsnormen auf in den Abkommen nicht geregelter Gegenstände	458
dd) Rück- und Weiterverweisung	459
ee) Parteiautonomie	459
ff) Stempelsteuer und Vollstreckbarkeit	460
b) Andere Wertpapiere	460
4. Vollmacht	462
5. Gesetzliche Schuldverhältnisse	463
a) Geschäftsführung ohne Auftrag und ungerechtfertigte Bereicherung	463
b) Unerlaubte Handlung und Produkthaftung	463

IX. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	465
1. Vorrang von Staatsverträgen und EU-Recht	465
a) Überblick	465
b) Das deutsch-italienische Anerkennungs- und Vollstreckungsabkommen von 1936	466
2. Grundsatz der automatischen Anerkennung	467
3. Anerkennungsvoraussetzungen	468
a) Anerkennungszuständigkeit	468
b) Rechtliches Gehör	469
c) Bestellung im Erstprozess oder ordnungsgemäße Feststellung der Säumnis	470
d) Rechtskraft	470
e) Unvereinbarkeit mit einem früheren italienischen Urteil	470
f) Nichtbeachtung einer früheren italienischen Rechtshängigkeit	471
g) Öffentliche Ordnung	471
4. Durchsetzung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen und öffentlicher Urkunden	472
X. Schiedsverfahrensrecht	473
1. Rechtsgrundlagen	474
2. Schiedsverfahren auf der Grundlage von vorformulierten Schiedsgerichtsordnungen	476
3. Schiedsvereinbarungen	477
a) Schiedsvertrag und Schiedsklausel; Schiedseinrede	477
b) Schiedsfähigkeit	477
c) Form und AGB-Kontrolle	479
d) Selbstständigkeit der Schiedsklausel	480
e) Abgrenzung zur freien Schiedsgerichtsbarkeit	480
4. Schiedsrichter	482
a) Bestimmung	482
b) Inhalt und Durchsetzung der Pflichten des Schiedsrichters	483
c) Ablehnung des Schiedsrichters	483
5. Verfahren und anwendbares Recht	483
a) Sitz des Schiedsgerichts; Wirkungen der Schiedsklage	483
b) Vorfragen	484
c) Zusammenhang	484
d) Zeugenbeweis	485
e) Einstweiliger Rechtsschutz	485
f) Verfahrenssprache	485
g) Anwendbares Recht	485
6. Schiedsspruch	486

a) Frist	486
b) Entscheidung nach Billigkeit	487
c) Erlass und Inhalt des Schiedsspruchs	487
d) Niederlegung des Schiedsspruchs	488
7. Rechtsbehelfe	489
a) Grundlagen	489
b) Anfechtungsklage	489
c) Restitutionsklage	490
d) Drittwiderspruchsklage	491
8. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	491
9. Gesellschaftsrechtliche Schiedsverfahren	491
Sachregister	493

§ 1 Grundlagen

I. Rechtsquellen

Literatur: *Angelici*, La lex mercatoria e il problema dei codici di commercio, Giur. comm., 2010, I, 136 ff.; *Cian*, Diritto civile e diritto commerciale oltre il sistema dei codici, Riv. dir. civ. 1974, I, 523 ff.; *Galgano*, Lex mercatoria. Storia del diritto commerciale, 3. Aufl. 1993; *Ghisalberti*, La codificazione del diritto in Italia (1865–1942), 2. Aufl. 1994; *Libonati*, La categoria del diritto commerciale, Riv. soc. 2002, 1 ff.; *Montalenti*, Il diritto commerciale dalla separazione dei codici alla globalizzazione, Riv. trim. dir. proc. civ. 2012, 379 ff.; *Padoa Schioppa*, Saggi di storia del diritto commerciale, 1993; *Rondinone*, Storia inedita della codificazione civile, 2003; *Spada*, Codice civile e diritto commerciale, Riv. dir. civ. 2013, 331 ff.; *Vergottini*, La Costituzione economica italiana: passato e attualità, Diritto e società, 2010, 333.

Cian, Fünfzig Jahre italienischer codice civile, ZEuP 1993, 120 ff.; *Eccher* u. a., Handbuch Italienisches Zivilrecht, 2010; *Kindler*, Einführung in das italienische Recht, 3. Aufl. 2022, § 8; *Luther*, Einführung in die italienische Zivilgesetzgebung, in: Luther/Becher (Hrsg.), Italienisches Zivilgesetzbuch (1942), 2. Aufl. 1968, S. VI ff.; *Portale*, Neue Perspektiven des italienischen Handelsrechts, JbItaLR 23 (2010), 3 ff.; *Zaccaria/Grundmann*, Einführung in das italienische Recht, 2007.

Texte: Textausgabe Codice Civile (1865) – Codice di Commercio (1882). Testi non commentati, hrsg. von *J. Pepe*, Neapel 1996 (Edizioni Simone); für aktuelle Textausgaben s. u. Rn. 14.

1. Geschichtliche Entwicklung; Einheit des Privatrechts

Seit Inkrafttreten des Codice civile von 1942 gibt es in Italien kein Handelsrecht i. S. eines Sonderprivatrechts des Handels mehr. Bis dahin hatten im Codice di commercio (1882) Sondervorschriften für Handelsgeschäfte bestanden („objektives System“).¹ Die geschichtliche Entwicklung ist hier nicht im Einzelnen nachzuzeichnen.² Interessant sind aber die Bezüge zur neueren deutschen Kodifikationsgeschichte: Der Codice di commercio von 1882 hatte in Artt. 36–58 zahlreiche Rechtsinstitute des Schuld- und Vertragsrechts aus dem deutschen ADHGB (1861) übernommen,³ die dann mit

¹ Man spricht von einem „diritto speciale degli atti di commercio“; dazu *Spada*, Riv. dir. civ. 2013, 331 (333–335).

² Vgl. dazu den Überblick in: Einführung § 8 Rn. 1 ff. sowie eingehend *Ranieri*, Kodifikation und Gesetzgebung des allgemeinen Privatrechts (Italien), in: Coing (Hrsg.), Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, Bd. III/1, 1982, S. 198 ff.; *Rotondi*, AcP 167 (1967), 29 ff.

³ *Padoa Schioppa*, Handelsrecht (Italien), in: Coing (vorige Fn.), Bd. III/3, 1986, S. 3209 ff., 3241; *Raisch*, Geschichtliche Voraussetzungen, dogmatische Grundlagen und Sinnwandlung des Handelsrechts, 1965, S. 147 ff.; *Mazzarella*, in: Lönig/Wagner (Hrsg.), Das ADHGB von 1861 als gemeinsames Obligationenrecht in Mitteleuropa,

der Aufnahme des „Handelsrechts“ in das Zivilgesetzbuch von 1942 allgemeines Recht wurden. Im deutschen Recht hingegen sind diese Rechtsinstitute heute auf BGB und HGB verteilt. Dies gilt etwa für den Abschluss von Distanzverträgen und den Grundsatz der Formfreiheit,⁴ die Gesamtschuldvermutung bei der Haftung aus Vertrag,⁵ die Fälligkeitsverzinsung,⁶ die Geltung des Handelsrechts für Nichtkaufleute bei den sog. einseitigen Handelsgeschäften⁷ usw. Terminologisch ist zu beachten, dass sich mit dem Codice civile von 1942 die Figur des Kaufmanns (*commerciante*) aus dem italienischen Recht verabschiedet hat. An die Stelle des Kaufmanns trat der Unternehmer (*imprenditore*), für den im Privatrechtsverkehr nur noch wenige Sonderbestimmungen gelten.⁸

2. Das Zivilgesetzbuch von 1942

- 2 Hauptsächliche Rechtsquelle des italienischen Handelsrechts ist deshalb heute der Codice civile.⁹ Im Aufbau erinnert dieses Gesetzbuch an die Institutionen des Gaius (um 160 n. Chr.) mit ihrer Dreiteilung des Rechtsstoffes, bezogen auf Personen, Gegenstände und Aktionen. Einen Allgemeinen Teil sucht man daher vergeblich; das in den Einführungsbestimmungen ursprünglich enthaltene Internationales Privatrecht (Artt. 17–31 *prel.*) wurde durch das IPRG 1995 vollständig neu geregelt.¹⁰
- 3 Nach der Regelung des Personen-, Familien-, Erb- und Sachenrechts in den Büchern I–III folgt in Buch IV des Codice das gesamte Schuld- und Vertragsrecht (Artt. 1173–2059 – *Delle Obbligazioni*) und damit das Kernstück des wirtschaftsnahen Zivilrechts. Es enthält zunächst Bestimmungen über Schuldverhältnisse und Verträge im Allgemeinen (Artt. 1173–1469

2018, S. 305 ff. (313 ff.); ebenso die zeitgenössische Beurteilung des Codice di commercio durch *F. Mittermaier*, ZHR 29 (1884), 132 ff. (138).

4 Artt. 317 ff. ADHGB – Artt. 36, 37, 44 c.comm. – §§ 145 ff. BGB – Artt. 1326 ff. c. c.

5 Art. 280 ADHGB – Art. 40 c.comm. – § 427 BGB – Art. 1292 c. c.

6 Art. 289 ADHGB – Art. 41 c.comm. – § 353 HGB – Art. 1282 c. c.; zu diesem Beispiel gemeinsamer Handelsrechtsgeschichte in Deutschland und Italien s. *Kindler*, Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht (*Jus Privatum*, 16), 1996, S. 60 ff.

7 Art. 277 ADHGB – Art. 54 c.comm. – § 345 HGB: Fortschreibung des Gedankens im Zivilgesetzbuch von 1942, das nahezu alle handelsrechtlichen Institute auf den allgemeinen Privatrechtsverkehr erstreckt.

8 Zur Bedeutung der Unternehmereigenschaft im Privatrecht s. u. § 2 Rn. 1 ff.

9 Deutsche Fassung unter: <https://recht.provinz.bz.it>, zu zweisprachigen Textausgaben unten Rn. 49.

10 Zum internationalen Privat- und Verfahrensrecht unten § 7.

c. c.), und zwar unter Einschluss der Themen, die das BGB im Rahmen der Rechtsgeschäftslehre (§§ 104–185) behandelt.¹¹

Es folgt die eingehende Regelung einzelner Vertragsarten, wobei der Codice den Bogen weiter spannt als das BGB: Neben den klassischen Vertragstypen des Zivilrechts wie etwa Kauf, Tausch, Miete, Darlehen, Dienst- und Werkvertrag, Maklervertrag, Auftrag und Bürgschaft finden sich solche des bisherigen Handelsrechts sowie Vertragstypen, die das Wirtschaftsleben in den Jahren seit 1882 hervorgebracht hatte (z. B. Reportgeschäft, Schiedsgutachtervertrag, Liefervertrag, Beförderungsvertrag, Handelsvertretervertrag, Kontokorrentabrede, Bankgeschäfte, Versicherungsverträge). Den Abschluss bilden Vorschriften über einseitige Versprechen, allgemeine wertpapierrechtliche Grundsätze und gesetzliche Schuldverhältnisse.

Während mithin das Recht der Handelsgeschäfte (vgl. das IV. Buch des HGB, §§ 343–475 h) vollständig im IV. Buch des Codice aufging,¹² bildet das nachfolgende V. Buch (Artt. 2060–2642 c. c.) im Großen und Ganzen das Gegenstück zur HGB-Regelung über den „Handelsstand“ (I. Buch, §§ 1–104a) und zu den deutschen Gesetzen über das Gesellschaftsrecht (II. und III. Buch des HGB, §§ 105–342e; AktG, GmbHG, GenG, VAG, UmwG) sowie über bestimmte Gebiete des Wirtschaftsrechts (Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Recht des unlauteren Wettbewerbs); im Einzelnen:

- I. Titel (Artt. 2060–2080 c. c.; u. a. mit einer Regelung des Tarifvertragsrechts, im Übrigen wegen der Aufhebung der Korporativen Ordnung des faschistischen Staates im Jahre 1944¹³ weitgehend außer Kraft);
- II. Titel über die „Arbeit im Unternehmen“: Unternehmerstellung im Allgemeinen (imprenditore, Artt. 2082–2093 c. c.), Rumpffregelung des Individualarbeitsrechts (Artt. 2094–2134 c. c.), Landwirtschaftliches Unternehmen (Artt. 2135–2187), Handelsunternehmen und Unternehmensregister (Artt. 2188–2202), Kaufmännische Vollmachten (Artt. 2203–2213 c. c.), Handelsbücher (Artt. 2214–2221 c. c.);
- III. Titel: Freiberufliche Tätigkeit (Artt. 2222–2238 c. c.);
- IV. Titel: Besondere Arbeitsverhältnisse (Artt. 2239–2246 c. c.);
- V. Titel: Gesellschaftsrecht (Artt. 2247–2510 c. c.; Einfache Gesellschaft, Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, Gesellschaft mit beschränkter Haftung);

¹¹ Zum allgemeinen Schuld- und Vertragsrecht des Codice civile s. Einführung §§ 10 und 15.

¹² Zur geschichtlichen Entwicklung der Handelsgesetzbücher in Italien siehe *Portale*, JbI-talR 23 (2010), 3 ff.

¹³ Dazu Einführung § 8 Rn. 8.

§ 2 Das Recht des Handelsunternehmens

I. Unternehmen und Unternehmer; Betrieb

Literatur: *Angelici*, La lex mercatoria e il problema dei codici di commercio, Giur. comm. 2010, I, 136 ff.; *Annunziata*, Informazione societaria e organizzazione d'impresa, Scritti giuridici per Piergaetano Marchetti, Liber discipulorum, 2011, S. 1 ff.; *Campobasso*, Diritto commerciale, Bd. 1, Diritto dell'impresa, 8. Aufl. 2022; *Ferri*, Brevi osservazioni in tema di impresa e società, in: Demuro, Le operazioni di finanziamento alle imprese. Strumenti giuridici e prassi, 2010, S. 1 ff.; *Spada*, Codice civile e diritto commerciale, Riv. dir. civ. 2013, 331 ff.

Hurni, Vermögensübertragung im Spannungsfeld zwischen Vermögens- und Unternehmensrecht, Zürich 2008 (zu Italien 248–271), *Leutner*, in: Schmidt-Kessel/Leutner/Müther, Handelsregisterrecht (Länderbericht Italien S. 477–492), 2010.

Nachweise: Rep. Foro it., Stichwort „impresa e imprenditore“.

1. Begriff und Bedeutung der Unternehmereigenschaft

- 1 Das Gesetz definiert den Unternehmer (imprenditore), nicht das Unternehmen: „Unternehmer ist, wer gewerblich eine **organisierte wirtschaftliche Tätigkeit** zum Zwecke der Erzeugung oder dem Austausch von Gütern oder Dienstleistungen ausübt“ (Art. 2082 c. c.).¹ Einer Gewinnerzielungsabsicht bedarf es nicht.² Für die davon erfassten Rechtssubjekte stellt der Codice civile freilich keineswegs ein umfassendes „Sonderprivatrecht“ bereit; die Unternehmereigenschaft hat für den Rechtsverkehr bei weitem nicht die gleiche Bedeutung wie im deutschen Recht die Kaufmannseigenschaft. Das Sonderrecht für Unternehmer („Statuto dell'imprenditore“)³ besteht in erster Linie aus *öffentlich-rechtlichen* Verpflichtungen, die der Codice in Erinnerung ruft, teilweise aber auch selbst generalklauselartig regelt: das Erfordernis einer Gewerbeerlaubnis nach Maßgabe der dafür einschlägigen Vorschriften (Art. 2084 c. c.), die Unterwerfung unter die staatliche Wirtschaftlenkung (Art. 2085 c. c. mit Art. 41 Cost.), arbeitssicherheitsrechtliche Auflagen (Art. 2087 c. c.⁴) und sozialversicherungsrechtliche Anforderungen (Art. 2115 c. c.).

1 Den Unternehmer „kraft Eintragung“ (vgl. § 2 HGB) kennt das italienische Recht nicht.

2 Cass., sez. lav., 7 aprile 2010, n. 8262 (zum Unternehmerbegriff beim Betriebsübergang, Art. 2112 c. c.).

3 Zu diesem Begriff s. *Galvano*, Nr. 24.2.

4 Mit D. L. 9 aprile 2008, n. 81, in materia di tutela della salute e della sicurezza nei luoghi di lavoro; Beispiel: Cass., 12 febbraio 2024, n. 3791, Foro it. 2024, I, 707 – Arbeitgeberpflicht zur Verhinderung von „mobbing orizzontale“ wie auch „straining“ unter den Arbeitnehmern.

Nur geringe Bedeutung kommt der Unternehmereigenschaft im *Vertragsrecht* zu.⁵ So bestehen einige wenige Besonderheiten beim **Vertragsschluss**⁶ und bei der **Auslegung von Verträgen**.⁷

Das **Auftragsverhältnis**, das die Vornahme von Rechtshandlungen mit Bezug auf eine unternehmerische Tätigkeit zum Gegenstand hat, erlischt beim Tod oder bei Geschäftsunfähigkeit des Auftraggebers oder des Beauftragten nicht, wenn die unternehmerische Tätigkeit vom Rechtsnachfolger oder gesetzlichen Vertreter fortgesetzt wird (Art. 1722 Nr. 4 c. c.).⁸ Die **Kontokorrentabrede** zwischen Unternehmern erfasst solche Forderungen nicht, die ihren Ursprung außerhalb der unternehmerischen Tätigkeit eines Beteiligten haben (Art. 1824 II c. c.).

Im Übrigen findet man Rechtsregeln, die das deutsche Recht auf „**Handelsgeschäfte**“ (§§ 343 ff. HGB) beschränkt, häufig im allgemeinen Zivilrecht; sie sind dann *unabhängig* von der Unternehmereigenschaft der Beteiligten anzuwenden. Dies gilt etwa für geschäftszweigtypische Sorgfaltspflichten (§ 347 HGB; Art. 1176 II c. c.), die selbstschuldnerische und formlose Bürgschaft (§§ 349, 350 HGB; Artt. 1937, 1944 II c. c.), die Fälligkeitsverzinsung (§ 353 HGB; Art. 1282 c. c.), die Entgeltlichkeitsvermutung bei Auftrag und Darlehen (§ 354 HGB; Artt. 1709, 1815 c. c.), das Kontokorrent (§§ 355–357 HGB; Artt. 1823–1833 c. c.), das Fixgeschäft (§ 376 HGB; Artt. 1457, 1517 c. c.) und – besonders wichtig – die Untersuchungs- und Rügeobliegenheiten des Käufers (§ 377 HGB; Art. 1495 c. c.).

Für weitere Rechtsfolgen der Unternehmereigenschaft unterscheidet das Gesetz nach verschiedenen Einteilungsgesichtspunkten: nach dem *Gegenstand* des Unternehmens den **Handelsunternehmer** (*imprenditore commerciale*; Artt. 2195, 2203–2221 c. c.) vom **landwirtschaftlichen Unternehmer** (*imprenditore agricolo*; Artt. 2135–2187 c. c.⁹), nach dem *Umfang* des Unternehmens den **Kleinunternehmer** (*piccolo imprenditore*; Art. 2083 c. c.)¹⁰ vom „normalen“ Unternehmer (*imprenditore normale*) und nach der

5 Zum Folgenden *Spada*, Riv. dir. civ. 2013, 331 (340).

6 Die hier einschlägige Vorschrift des Art. 1330 c. c. entspricht im Wesentlichen den §§ 130 II, 153 BGB; Einzelheiten: Einführung § 10 Rn. 8, 13.

7 Nach der Auslegungsregel des Art. 1368 II c. c. sind unklare Bestimmungen in Verträgen, an denen ein Unternehmer beteiligt ist, – wir würden sagen: bei einseitigen Handelsgeschäften (§ 345 HGB) – nach Maßgabe der am Sitz des Unternehmers geltenden Gebräuche auszulegen; Einführung § 10 Rn. 25.

8 Vgl. §§ 672, 673 BGB.

9 Zum *imprenditore agricolo* nach dem D.lgs. 18 maggio 2001, n. 228, siehe *Costato*, Riv. dir. civ. 2006, I, 89 ff.

10 Größenmerkmale des kleinen Handelsunternehmens (*piccola impresa commerciale*) nach dem Gesetz Nr. 317 v. 5.10.1991: nicht mehr als 75 Beschäftigte und ein Nettoinvestitionsvermögen von nicht mehr als 3.873.426,74 EUR; näher zur Rechtsstellung des Kleinunternehmers *Terranova*, Riv. dir. comm. 2010, I, 729 ff.

Zahl der Träger den Einzelunternehmer (*imprenditore individuale*) von den Gesellschaften (*società*). Während die zuletzt genannte Differenzierung nur für den Umfang der Registerpflicht bedeutsam ist,¹¹ hat die Zuordnung zum Kreis der „normalen Handelsunternehmer“ (*imprenditori commerciali normali*)¹² schwerwiegende Konsequenzen: an erster Stelle ist darunter die *Insolvenz- und Konkursfähigkeit* anzuführen (Artt. 2221 c. c., 121 CCII, 1 I l.fall.); das italienische Recht folgt – wie die meisten romanischen Rechtsordnungen – dem *Prinzip des Kaufmannskonkurses*. Wegen der Erstreckung der Insolvenz- und Konkursfolgen auf die Gesellschafter bei der Personenhandelsgesellschaft (Art. 256 I CCII/Art. 147 I l.fall.; unten § 6 Rn. 5) und auf Personen, die zwar nicht nach außen auftraten, unter deren Leitung das Unternehmen aber faktisch stand (sog. *imprenditore occulto*), wird die Zuordnung hauptsächlich in Insolvenz- und Konkursfällen streitig.¹³ Weitere Konsequenzen der Einstufung als *imprenditore commerciale normale* sind die Registerpflichtigkeit¹⁴ und die Verpflichtung zur Buchführung (Art. 2214 c. c.). Für alle Handelsunternehmer, i. e. auch die Kleinunternehmer, finden die Bestimmungen über handelsrechtlich Bevollmächtigte Anwendung (Artt. 2203–2213 c. c.).¹⁵ Sonderregeln gelten für das **gemeinnützige Unternehmen (*impresa sociale*)**. Nach der Gesetzesverordnung 155/2006 handelt es sich dabei nicht um eine eigene Rechtsform, sondern eine bestimmte Tätigkeit, die im Rahmen der hergebrachten Rechtsformen ausgeübt wird, vergleichbar der „gemeinnützigen GmbH“ i. S. v. § 4 Satz 2 GmbHG.¹⁶

- 6 Der Begriff des Unternehmens selbst (*impresa*) hat demgegenüber keine Tatbestandsfunktion, sondern dient nur der zusammenfassenden Beschreibung der unternehmerischen *Tätigkeit* (*attività d’impresa*).¹⁷ Insbesondere ist das Unternehmen selbst weder Rechtssubjekt¹⁸ noch Rechtsobjekt. Gegenstand schuldrechtlicher wie sachenrechtlicher Geschäfte ist stattdessen der Betrieb (*azienda*) als Gesamtheit der vom Unternehmer zur Ausübung seiner unternehmerischen Tätigkeit eingesetzten Gegenstände (Art. 2555 c. c.).¹⁹

11 Dazu sogleich Rn. 26 ff.

12 Vgl. *Ferrara jr.-Corsi*, Nr. 2. 16.

13 Beispiel: Cass., 5 febbraio 1990, n. 1439, *Giur.it.* 1990, I, 1 – Caltagirone = RIW 1990, 836 f. (*Kindler*): Unternehmereigenschaft einer Holdinggesellschaft.

14 Dazu sogleich Rn. 26 ff.

15 Dazu unten Rn. 55 ff.

16 Näher *Campobasso*, Bd. 1, 2.14; einführend *Slatino*, *Contratto e impresa* 2011, 394 ff.; zur Stellung im Unternehmensregister *Maceroni*, *Giur.comm.* 2010, I, 282 ff.

17 *Cian/Trabucchi/Pitter*, Art. 2082 c. c. Anm. I 1.

18 Cass., 2 marzo 1973, n. 573, *Rep. Foro it.* 1973, Stichwort „impresa“, Nr. 8.

19 Cass., 9 ottobre 2009, n. 21481, *Giur.comm.* 2011, II, 118: *entità economica organizzata in maniera stabile*; näher unten Rn. 12 ff.

2. Einzelne Handelstätigkeiten

Hinsichtlich des Gegenstandes der unternehmerischen Tätigkeit unterscheidet das Gesetz den Handelsunternehmer vom landwirtschaftlichen Unternehmer (oben Rn. 5). Zur Bestimmung des Kreises der Handelsunternehmer nennt Art. 2195 I c. c. eine Reihe von Handelstätigkeiten (*attività commerciali*), die nach Rechtsprechung und herrschender Lehre freilich keineswegs eine abschließende Regelung bilden.²⁰ Dahinter steht das Bestreben, auch solche Unternehmen, die keine typische Handelstätigkeit i. S. d. Art. 2195 I c. c. ausüben, dem Konkursverfahren zu unterwerfen.²¹ Insolvenz- und konkursfähig sind nur Handelsunternehmer (Art. 2221 c. c., Art. 121 CCII, Art. 1 I l.fall.).²²

Methodisch ist sonach im Wege der *Substraktion* vorzugehen: Ausgangspunkt ist der allgemeine Unternehmerbegriff des Art. 2082 c. c. Ist ein hiervon erfasster Unternehmer weder handwerklich (vgl. Art. 2083 c. c.) noch landwirtschaftlich (Art. 2135 c. c.) tätig, so wird er als Handelsunternehmer angesehen.²³ Dies entspricht im Kern dem Kaufmannsbegriff der §§ 1 und 3 HGB i. d. F. des HRefG 1998,²⁴ freilich mit dem Unterschied, dass Handwerksunternehmen im deutschen Recht seit 1998 unabhängig von ihrer Registereintragung die Kaufmannseigenschaft besitzen, wenn sie die Größenmerkmale des § 1 II HGB erreichen.

Exemplarisch führt Art. 2195 I c. c. die folgenden Handelstätigkeiten auf:

- die gewerbliche Erzeugung von Gütern oder Dienstleistungen (Nr. 1);
- die Absatzmittlung (Nr. 2);
- die Beförderung (von Gütern oder Personen) zu Land, zu Wasser oder in der Luft (Nr. 3);
- die Bankgeschäfte (Nr. 4);
- sonstige Hilfsgeschäfte (Nr. 5).

Eine bemerkenswert weite Auslegung hat in der Rechtsprechung dabei der Begriff des gewerblichen Unternehmens (*impresa industriale*; Art. 2195 I Nr. 1 c. c.) als Typus des Handelsunternehmens erfahren.²⁵ Als „Dienst-

20 Cass., 20 aprile 1995, n. 4421, Foro it. 1995, I, 2879; Cass., 27 novembre 1987, n. 8837, Rep. Foro it. 1987, Stichwort „previdenza sociale“, Nr. 435.

21 *Colussi/Zatti*, Dir. commerciale, 1986, Kap. 1. 15 a. E.

22 Näher unten § 6 Rn. 12, 13.

23 *Colussi/Zatti*, a. a. O.; „... definizione per sottrazione ...“; Beispiel: Cass., 24 novembre 1995, n. 12136, Rep. Foro it. 1995, Stichwort „previdenza sociale“, Nr. 204 (Datenverarbeiter).

24 Gesetz vom 22.6.1998, BGBl. I, 1474.

25 Überblick zur Kasuistik bei *Cian/Trabucchi*, Comm. breve al codice civile – complemento giurisprudenziale, 2021, Art. 2195 Anm. II–III.

leister“ fallen darunter etwa Factoringunternehmen,²⁶ Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (*società di revisione*),²⁷ Bewachungsunternehmen,²⁸ Pflegeheime (*case di cura*),²⁹ Gaststätten (*imprese di ristorazione*),³⁰ Hotels,³¹ Datenbankhersteller,³² Datenverarbeiter³³ usw.

3. Betrieb³⁴

- 11 Das Gesetz behandelt den Betrieb als **Rechtsobjekt**. Es fasst darunter alle Gegenstände zusammen, die die unternehmerische Organisation bilden (Art. 2555 c. c.). Der Betrieb in diesem Sinne hat einen Wert (*avviamento*).³⁵ Gemeint ist die auf den Betrieb gegründete Ertragskraft des Unternehmens.³⁶ Eigenständige Bedeutung hat dieser Geschäftswert im gewerblichen Mietrecht: Bei Beendigung eines Mietverhältnisses hat der Vermieter den Mieter für den Verlust des mit den Räumlichkeiten verbundenen Geschäftswertes zu entschädigen („*indennità per la perdita dell'avviamento*“; Art. 34 Gesetz Nr. 392 v. 27.7.1978).³⁷
- 12 Die Übertragung des Betriebes unter Lebenden³⁸ sowie die Begründung eines Nießbrauchs am Betrieb und die Betriebspacht bedürfen der **Schrift-**

26 Cass., 10 gennaio 1992, n. 198, Foro it. 1992, I, 1110, zum Factoring s. Einführung § 15 Rn. 50 ff.

27 Cass., 29 gennaio 1991, n. 838, Foro it. 1991, I, 1721.

28 Cass., 26 settembre 1988, n. 5240, Rep. Foro it. 1988, Stichwort „previdenza sociale“, Nr. 488.

29 Cass., 9 febbraio 1994, n. 1297, Foro it. 1994, I, 1412.

30 Cass., 10 febbraio 1987, n. 1384, Giust.civ. 1987, I, 789.

31 Cass., 11 dicembre 1985, n. 6258, Rep. Foro it. 1985, Stichwort „previdenza sociale“, Nr. 209.

32 Cass., 4 aprile 1991, n. 3525, Rep. Foro it. 1991, Stichwort „previdenza sociale“, Nr. 372.

33 Cass., 24 novembre 1995, n. 12136 (o. Fn. 23).

34 Nachweise: Rep. Foro it., Stichw. „Azienda“.

35 Zur Mängelhaftung im Falle der Betriebsveräußerung s. Cass., 24 luglio 2023, n. 22075, Rep. Foro it. 2023, Stichwort „vendita“ Nr. 40 (Art. 1497 c. c. anwendbar, nicht aber Art. 1490 c. c.; näher unten § 5 Rn. 73 ff.). Näher zu diesem Begriff, der sich nur teilweise mit dem *good will* deckt, s. *Rotondi*, ZHR 120 (1957), 1 ff.; *ders.*, GRUR 1956, 531 ff.; *Luther*, RabelsZ 28 (1964), 158 f.; eingehend *Carusi*, *Avviamento, proprietà e locazione*, 1992.

36 *Auletta/Salanitro*, Nr. 21: „... la capacità dell'impresa di conseguire profitto ...“.

37 Vgl. die Begriffsbestimmung der Entschädigung für den Geschäftswert (*avviamento*) bei Cass., 5 febbraio 2013, n. 659: „... una indennità di avviamento, cioè una somma di denaro che rappresenta il compenso per la creazione di tutta quella ricchezza „immateriale“ (clientela, nome, reputazione) che l'attività fino a quel momento aveva creato.“

38 Zur Vermögensübertragung im Spannungsfeld zwischen Vermögens- und Unternehmensrecht siehe *Hurni*, Zürich 2008 (zu Italien 248–271).

form. Dabei handelt es sich um eine bloße forma ad probationem.³⁹ Erforderlich ist zudem die Eintragung des Vertrages im Unternehmensregister (Artt. 2556 I, II, 2561, 2562 c. c.). Die Eintragung erfolgt beim Unternehmensregister am Sitz des früheren Inhabers oder, falls nur der Erwerber die Unternehmereigenschaft besitzt, bei dem für diesen zuständigen Unternehmensregister (Art. 11 X Unternehmensregisterverordnung, URV⁴⁰).

Schwer verständlich ist Art. 2556 II c. c., wonach der Notar den öffentlich beurkundeten oder unterschriftsbeglaubigten Vertrag zur Eintragung in das Unternehmensregister anmeldet. Die Bestimmung steht im Widerspruch zu Art. 2556 I c. c., wonach das Schriftformerfordernis – wie gesagt – nicht als Gültigkeitserfordernis angesehen wird.⁴¹

Aus der Übertragung des Betriebes – oder eines wesentlichen Betriebsteils⁴² – ergeben sich im Wesentlichen drei **Rechtsfolgen**:

a) *Schuldenhaftung*

Nach Art. 2558 I c. c. tritt der Erwerber in die Verträge ein, die im Zusammenhang mit der Führung des Betriebes abgeschlossen wurden.⁴³ Abweichend von Art. 1406 c. c. (Vertragsabtretung) ist hierfür die Zustimmung des Vertragspartners nicht erforderlich; damit soll die Verkehrsfähigkeit des Betriebes sichergestellt werden. Anders kann es liegen, wenn der Betriebsveräußerer sich seinerseits gegenüber einem Dritten verpflichtet hat, bestimmte Rechte nicht zu übertragen: So soll nach der Rspr. ein derartiges Übertragungsverbot in einem Software-Lizenzvertrag den Rechtsübergang der Nutzungsrechte auf den Betriebserwerber ausschließen.⁴⁴ Im Übrigen räumt das Gesetz dem Vertragspartner die Möglichkeit ein, innerhalb von drei Mo-

39 *Auletta/Salanitro*, Nr. 23; zur Unterscheidung von forma ad probationem und forma ad substantiam s. Einführung § 9 Rn. 23.

40 D. P.R. 7 dicembre 1995, n. 581; unten Rn. 26 ff.

41 Ratlos auch *Auletta/Salanitro*, Nr. 23 a. E.; näher *Cosio*, *Foro it.* 1995, I, 408 ff. (Urteilsanm.; näher *Fimmano*, in: Bocchini (Hrsg.), *Il registro europeo delle imprese*, 2003, S. 125 ff.

42 Der Betrieb muss nicht vollständig übertragen werden. Es genügt vielmehr die Übertragung derjenigen Teile, die die Kernorganisation ausmachen und den Erwerber zur Fortsetzung des Unternehmens befähigen: Cass., 9 ottobre 2009, n. 21481, *Giur. comm.* 2011, II, 118 Ls. 1 mit Anm. *Rais*.

43 Beispielsfälle: Cass., 29 gennaio 1979, n. 632, *Giur.it.* 1980, I, 1, 146 = RIW/AWD 1980, 371 f. (*Grunsky*); Cass., 25 gennaio 1979, n. 564, *Giur.it.* 1980, I, 1, 156 = RIW/AWD 1980, 372 (*Grunsky*); Cass., 25 luglio 1978, n. 3723, *Giur.it.* 1979, I, 1, 1129 = RIW/AWD 1980, 150 (*Grunsky*); Cass., 28 marzo 2007, n. 7652, *Foro it.* 2008, I, 903 (Erwerber tritt ipso iure in eine Schiedsvereinbarung ein).

44 Cass., 21 luglio 2011, n. 16041, *Foro it.* 2012, I, 509 mit Anm. *Di Paola*. Dort wird allerdings Bezug auf den höchstpersönlichen Charakter der zugrunde liegenden Urheberrechte genommen.

naten ab Kenntnis von der Betriebsübertragung aus wichtigem Grund von dem Vertrag mit dem früheren Betriebsinhaber zurückzutreten, z. B. wenn begründeter Anlass zu der Befürchtung besteht, der Erwerber werde den Vertrag nicht erfüllen können (Art. 2558 II c. c.).⁴⁵ Gleiches gilt bei Nießbrauch am Betrieb (Art. 2561 c. c.) und bei der Betriebspacht (Art. 2562 c. c.), Art. 2558 III c. c.

- 16** Als natürliche Rechtsfolge des Eintritts des Erwerbers in die bestehenden Verträge wird zunächst die Schuldenhaftung des Erwerbers gegenüber den Gläubigern des früheren Inhabers angesehen.⁴⁶ Für den Hauptfall – Übertragung des Betriebes eines *Handelsunternehmens* – macht Art. 2560 II c. c. die Haftung des Erwerbers allerdings zwingend⁴⁷ davon abhängig, dass sich die vor der Übertragung begründeten betrieblichen Verbindlichkeiten (debiti aziendali) aus den ordnungsgemäß geführten Handelsbüchern ergeben. Die Bestimmung dient dem Schutz des Erwerbers und bleibt nach der Rechtsprechung außer Anwendung, wenn der Erwerber mit dem Veräußerer wirtschaftlich identisch ist⁴⁸ sowie bei noch nicht fälligen Verbindlichkeiten aus den nach Art. 2558 c. c. übergegangenen Verträgen.⁴⁹ Außerhalb von Art. 2560 II c. c. haftet der Erwerber nur kraft Schuldübernahme (accollo, Art. 1273 c. c.).⁵⁰ Die Haftung erstreckt sich dabei auch auf außervertragliche Verbindlichkeiten.⁵¹ Andererseits ist freilich nicht vorausgesetzt, dass der Erwerber den Betrieb und die dazugehörige Firma tatsächlich fortführt, wohingegen der innere Grund der Haftung nach § 25 I 1 HGB gerade in der Unternehmenskontinuität liegen soll.⁵²
- 17** Der frühere Betriebsinhaber bleibt weiterhin aus den bis zum Betriebsübergang begründeten Verbindlichkeiten verpflichtet, es sei denn, die Gläubiger hätten ihn aus der Haftung entlassen (Art. 2560 I c. c.); dies entspricht im Grundsatz der allgemeinen Regelung in Art. 1273 c. c., wonach die zwischen Schuldner und Übernehmer vereinbarte befreiende Schuldübernahme (accollo) von der Genehmigung des Gläubigers abhängt.⁵³ Den Eintritt des

45 *Auletta/Salanitro*, Nr. 24 (sub. 1).

46 Cass., 25 luglio 1978, n. 3723, RIW/AWD 1980, 150 (*Grunsky*).

47 Cass., 9 ottobre 2009, n. 21481, Giur. comm. 2011, II, 118 Ls. 2 mit Anm. *Rais*.

48 Cass., 13 settembre 2023, n. 26450, Foro it. 2023, I, 3480; dazu *Mariconda*, Giur. comm. 2025, I, 80 ff.

49 Cass., 22 novembre 2023, n. 32487, Rep. Foro it. 2023, Stichw. „Azienda“, Nr. 9.

50 Cass., 29 maggio 1972, n. 1726; *Auletta/Salanitro*, Nr. 24 (sub. 3).

51 *Cian/Trabucchi*, Art. 2560 Anm. I. 1.

52 *Kindler*, Grundkurs Handels- und Gesellschaftsrecht, 10. Aufl. 2024, § 5 Rn. 32; BGHZ 146, 374, 376 = BB 2001, 694; BGH, BB 2006, 462 Rn. 7; NZG 2012, 916 Rn. 18; zum fehlenden Kontinuitätsfordernis bei Art. 2560 II c. c. näher *Cian/Trabucchi*, Art. 2560 c. c. Anm. V. 3.

53 Näher Einführung § 15 Rn. 54; vgl. § 415 BGB.

Erwerbers in bestehende Arbeitsverträge regelt Art. 2112 c. c.⁵⁴ Dem § 419 BGB a. F.⁵⁵ vergleichbare Vorschriften gibt es im italienischen Recht nicht.

b) *Forderungsübergang*

Die Übertragung des Betriebes bewirkt zugleich den Übergang der im Betrieb begründeten Forderungen auf den Erwerber, ohne dass eine gesonderte Forderungsabtretung gemäß Artt. 1260 ff. c. c. erfolgen müsste.⁵⁶ Art. 2559 I 1 c. c. bestimmt den Zeitpunkt für die Drittwirksamkeit der Forderungsübertragung gegenüber weiteren Zessionaren. Danach kommt es nicht auf die Benachrichtigung oder Zustimmung des Schuldners nach allgemeinem Recht (Artt. 1264, 1265 c. c.) an,⁵⁷ sondern allein auf die Eintragung des Betriebsübergangs in das Unternehmensregister (vgl. Art. 11 X URV;⁵⁸ oben Rn. 13).

Dem **Schuldnerschutz** dient Art. 2559 I 2 c. c.: Danach wird der Schuldner auch bei Zahlung an den *früheren Betriebsinhaber* von seiner Leistungspflicht befreit, wenn die Zahlung im guten Glauben erfolgte. Die Bestimmung verfolgt den gleichen Zweck wie § 407 BGB, lässt aber offenbar bei grob fahrlässiger Unkenntnis von dem Betriebsübergang keine befreiende Wirkung eintreten (vgl. Art. 1147 II c. c.).⁵⁹ Die gleichen Grundsätze gelten beim Nießbrauch, wenn sich dieser auf die Betriebsforderungen erstreckt (Art. 2559 II c. c.).

Den umgekehrten Fall – der gutgläubige Schuldner zahlt an den nichtberechtigten *Erwerber* (vgl. § 25 I 2 HGB) – regelt das Gesetz an dieser Stelle nicht. Hier wird die allgemeine Vorschrift des Art. 1189 I c. c. in Betracht kommen, wonach die Leistung an einen Nichtberechtigten, den der Schuldner gutgläubig für empfangsberechtigt hält, zur Tilgung der Verbindlichkeit führt.⁶⁰

54 I. d. F. von Art. 47 L. 29 dicembre 1990, n. 428 (Gemeinschaftsrechtsgesetz 1990).

Die Neuregelung erfolgte zur Durchführung der Richtlinie Nr. 77/187/EWG vom 14.12.1977, dazu *Hernichel*, RIW 1992, 712 ff. Zum Begriff des Betriebsübergangs i. S. von Art. 2112 c. c.: Cass., 8 gennaio 1991, n. 67, Giur. it. 1992, I, 1, 1152 = RIW 1992, 944 (*Kindler*); zu den Auswirkungen auf bestehende Arbeitsverhältnisse: Cass., 27 settembre 2007, n. 20221, Foro it., 2008, I, 854.

55 Aufgehoben mit Wirkung zum 1.1.1999, Art. 33 Nr. 16 EGInsO, BGBl. 1994, I, 2911.

56 So Cass., 15 febbraio 1979, n. 1001; teilweise a. A. die Literatur: *Auletta/Salanitro*, Nr. 24 (sub. 2) a. E. und die Rechtslage in Deutschland: *Kindler*, Grundkurs Handels- und Gesellschaftsrecht, 10. Aufl. 2024, § 5 Rn. 40.

57 Dazu Einführung § 15 Rn. 45 ff.; Cass., 22 giugno 2023, n. 17944, Foro it. 2023, I, 2420.

58 D. P. R. 7 dicembre 1995, n. 581; unten Rn. 25 ff.

59 Die Bestimmung entspricht § 932 II BGB.

60 Näher Einführung § 15 Rn. 12.